

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President.
1207-1209 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407-6th Ave.
Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung \$2.00 das Jahr.
Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 12 1/2 Cents;
durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00;
drei Monate \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of
Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Montag, den 12. Mai 1911.

Das Schicksal des früheren Kaisers

Gegen den ursprünglichen Einspruch der amerikanischen und japanischen Bevollmächtigten hat die Friedenskonferenz es durchgesetzt, daß der frühere deutsche Kaiser vor einem aus Vertretern der fünf Großmächte, Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, bestehenden Gerichtshof prozessiert werden soll, als ein Verbrecher gegen "Internationale Moral und die Heiligkeit von Verträgen." Nur das Eine haben die Vereinigten Staaten und Japan durchgesetzt, daß Wilhelm der Zweite nicht für ein "Verbrechen gegen das Völkerrecht" belangt wird.

Was das Schicksal des einstigen Kaisers einer Weltmacht sein wird, das wurde bereits vor Wochen mehr als angedeutet: Wilhelm von Hohenzollern wird das Los Napoleons teilen; als Verbannter wird er den Rest seiner Tage beschließen. Welche Gründe für den Beschluß des Hohen Rates maßgebend gewesen sind; ob es wirklich nur die Wölfe war, den Mann, der nach der Auffassung der Alliierten und ihrer Mitarbeiter mehr als irgend ein anderer für die Entfesselung der Kriegstürme verantwortlich gewesen ist, aller Welt zum warnenden Beispiel zu bestrafen, oder ob dabei auch die Begierde vor einer monarchischen Erhebung, mit dem früheren Kaiser als Urheber und Führer, miteingewirkt hat, das entzieht sich der öffentlichen Kenntnis, wird auf dem Verlauf des Prozesses auch von keinerlei Einfluß sein — das Urteil ist dem entthronten Fürsten schon jetzt gesprochen, zumal Holland sich bereit erklärt haben soll, denselben den Händen der Alliierten zu überliefern.

Deutschlands zukünftige wirtschaftliche Entwicklung

Deutschland hatte sich während der vier Jahrzehnte, welche dem Weltkrieg vorausgingen, aus einem Ackerbaustaat in ein großes Industrie- und Handelsland verwandelt, dessen Bevölkerung in ein großes Industrie- und Handelsland verwandelt. Sein Auslandsband hatte eine tiefenhafte Ausdehnung angenommen und machte dem Handel der übrigen Länder starke Konkurrenz. Da kam der Krieg, die Flakade, und bereitete der Entwicklung ein jähes Ende. Dem jedermann, der dem Gange der Ereignisse in den letzten Kriegsjahren aufmerksam Beachtung geschenkt hat, muß sich klar darbieten, daß es für Deutschland schlechtester ein Ding der Unmöglichkeit ist, sich seinen alten Platz im Weltmarkt in absehbarer Zeit wiederzuerlangen. Selbst wenn man von der inneren Erhebung Deutschlands, den innerpolitischen Wirren und dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang absehen will, die der Krieg zur Folge gehabt hat, werden sich schon der Verlust an Arbeitskräften, die Einbuße wertvoller Rohmaterialienlager, die Abtretung seiner Kolonien und nicht zum wenigsten die unheimliche Schuldenlast, zum mindesten für die nächste Generation, als ein schwerer Hemmschuh für seine Neugeburt auf industriellem Gebiete erweisen.

Die deutsche Industrie gelangte durch den Auslandsverkehr zur Blüte. Deutschlands Auslandsverkehr ist gegenwärtig völlig zerstört. Es mag den deutschen Handelsleuten nach dem Friedensschluß gelingen, hier und da gewisse Güter wieder aufzunehmen, alte überlebende Beziehungen wieder zu erneuern und neue anzuknüpfen; das europäische Festland, besonders der Osten und die neutralen Länder, wird nach wie vor ein Absatzgebiet für deutsche Erzeugnisse bleiben. Allein es wird viele Jahre dauern, bis der überlebende Handel des republikanischen Deutschland dem des kaiserlichen wieder gleichkommt. Singschöne muß das deutsche Volk aber leben und — Schulden bezahlen. Zur Abtragung dieser Schulden darf es sich nicht auf die Einnahmen verlassen, die ihm für den Verkauf industrieller Produkte aus dem Auslande zufließen werden. Denn die Quelle wird sich ihm nur ganz allmählich wieder öffnen und vorläufig bei weitem nicht ergiebig genug sein. Die Deutschen werden sich mithin nach einem anderen Mittel, die großen Summen aufzubringen, umsehen müssen.

Das Natürliche scheint zu sein, daß das deutsche Volk in Zukunft sich die Verarbeitung des Bodens, auf dem es lebt, in viel höherem Maße anlegen kann, als es vor dem Kriege geschah. Es wird vor allen Dingen dem Ziele zutreiben müssen, sich wirtschaftlich vom Auslande unabhängig zu machen. Vor dem Kriege führten die Deutschen einen beträchtlichen Teil der Dinge, die sie zum Leben brauchten, aus dem Auslande ein, obwohl sie bei rationaler Bewirtschaftung des eigenen Bodens alles Notwendige hätten aus ihm herausziehen können. Die industrielle Entwicklung des Landes brachte es mit sich, daß die Landwirtschaft auf Bedeutung zurückließ. Die Bevölkerung ergab sich immer mehr der Industrie und baute diese auf Kosten des Ackerbaus und der Viehzucht aus. Das dürfte jetzt anders werden, wenn die Führer des neuen Deutschland ihre Sätze verstehen. Es gibt in Deutschland noch weite Strecken Bodens, die sich mit leichter Mühe produktiv machen lassen. Vor dem Kriege konnte man nicht daran denken, weil es der Landwirtschaft an den nötigen Arbeitern mangelte. Mühten die Großgrundbesitzer, vielfach sogar die kleineren Landwirte, doch Ausländer in Massen importieren, um die notwendige Arbeit auf dem Felde zu verrichten. Die einheimische Landbevölkerung reichte dazu schon lange nicht mehr aus; sie zog sich mehr und mehr in die Städte und Industrieregionen, wo sich die Aussicht auf größeren Lohn bot.

Es heißt, daß die deutsche Regierung sich mit dem Gedanken trägt, die großen Güterkomplexe der Feudalen aufzuteilen und sie in kleine Bauerntwicklungen zu zerlegen. Das wäre ein Segen für das Volk. Viele mit kleinen Gütern besitzenden an Größe gleichkommenden Grundbesitzer dienen besser nur der Bereicherung einer einzigen Familie. Werden sie aufgelöst, so werden sie vielen Laufenden eine selbständige wirtschaftliche Existenz bieten. Durch Urbarmachung großer Stumpfgebiete lassen sich weitere große Strecken Bodens für die Zwecke von Ackerbau und Viehzucht gewinnen. Zurück aufs Land wird für viele Deutsche wohl oder übel der Krieg ein Kampf um das Leben werden. Daß die Oberste Regierung die Notwendigkeit einer beratigen Entwicklung im deutschen Wirtschaftsleben erkennt, ergibt sich aus dem Bericht, daß sie sich mit dem Gedanken trägt, für jeden Deutschen eine dreijährige wirtschaftliche Arbeitszeit zur gesetzlichen Verpflichtung zu machen. Dieser Gedanke ist theoretisch gar nicht so dumme, wenn es sich auch in der Praxis vielleicht nicht durchführen lassen wird. Die Landtage aber, daß solche Gerichte verbreitet werden, deutet darauf hin, daß man in weiten Kreisen des deutschen Volkes zur Einsicht gekommen ist, man werde sich fortan, was Ernährung und Bekleidung angeht, vom Auslande nach Möglichkeit unabhängig machen müssen.

Die Zustände im Elsaß

In den Wiener Nachrichten liest man: Ueber die derzeitigen Verhältnisse in der oberelsässischen Industriemetropole Mülhausen berichten wir Ihnen in recht interessanter Weise ein dort abgegebener allfälliger Redner. Der Flüchtling, welcher Mülhausen nach einer längeren Unternehmung, wobei alle wesentlichen, französischen Geld und wesentlichen vorgekommen wurden, nicht, nahm gegen vierhundert Personen mit. Mit der Botschaft, daß nur noch ein solches Mittel notwendig werden sollte, hält es die französische Verwaltung in entgegenkommender Weise nicht mehr so genau. In Mülhausen, Baden, wurde ein ausfallendes französisches

antem, und wenn sie einmal die Zahl der Vertriebenen kennt, sollen diese Prozentual auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt werden. Bis dahin wird denselben ihr bisher in Elsaß-Lothringen bezogenes Gehalt weiterbezahlt.

Am schlimmsten daran sind die berufslosen Flüchtlinge, weil sie einzig und allein auf die Vertriebenen angewiesen sind. Die Stimmung der Bevölkerung in Mülhausen hat zweifellos eine Aenderung erlitten. Die beiden ersten Male wurden die ausgewiesenen Altsiedler beschimpft und mitunter mißhandelt. Jetzt aber standen Hunderte von Mülhausenern in der Nähe des Bahnhofs und nahmen unter Lärmschreien und den Zurufen: "Au revoir!" von den Abgehenden Abschied. Die Garbison wird viel gewiegt, denn es macht sich überall eine antimilitärische Bewegung bemerkbar. Die Soldaten sehen sich nach Hause und verlangen die Bildung von Soldatenräten. Die deutschen Geschäftsinhaber sind teilweise schon durch Zugang aus Frankreich erstickt worden. Die zurückgebliebenen Ladenbesitzer klagen über die von Tag zu Tag abnehmende Einnahme, weil gerade durch die Ausweisungen ihre beste Kundenschaft verloren gegangen ist.

Auch die Hausbesitzer leiden schwer darunter. Denn Hunderte von Wohnungen stehen leer; dieselben fallen im Preise und die Häuser verlieren an Wert. Die Lebensmittelpreise haben sich in Mülhausen bedauerlicherweise gehoben. Man kann heute alles haben, allerdings zu hohen Preisen; auch an Bekleidungsgegenständen aller Art ist ein Mangel. Die einheimische Bevölkerung hoffte, daß man die deutschen Beamten aus ihren Ämtern entfernen würde; aber den Erfolgen werden die Anstellungsbedingungen dadurch erschwert, daß man bei dem Wegfall nachweislich allzuviel von ihnen verlangt. Die Folge davon ist, daß kürzlich von dreihundert Bahnangestellten, welche die Prüfung in Straßburg mitmachten, um im französischen Dienste bleiben zu können, nur sieben Kandidaten das Examen bestanden. Selbst Abbe Wetterle ist mit dem Vorgehen der französischen Regierung nicht einverstanden und äußert sich entrüstet über das Vorgehen gegen die deutschen Beamten, durch das der Verwaltungsapparat im ganzen Lande in Unordnung geraten und überall Verwirrung und Notlosigkeit eingetreten ist. Im Zerstörten Elsaß-Lothringens sei es höchste Zeit, daß in der Verwaltungspolitik ganz andere Wege eingeschlagen würden, bevor es zu spät sei.

Die Nationalität in Nordschleswig

Statistisches über ihre Verteilung im strittigen Gebiet.

Ueber die nordschleswigsche Frage, die merkwürdig in dieser Zeit nationaler Sympathie, auf deutscher wie dänischer Seite mit Ruhe und dem Wunsch nach einer beide Teile befriedigenden, gerechten Lösung behandelt wird, heißt es in der "Sonderburger Zeitung":

Eines ist als unbestreitbare Tatsache voranzuführen: Die Volksfrage entscheidet nicht über die Gemeinnützigkeit. In unzähligen Häusern der Nordmark, die sich zum Deutschen bekennen, wird neben dem Deutschen die nordschleswigsche Mundart gesprochen und an dieser feiner Mutterprache hält der "Heimdeutsche" fest wie jeder andere. Daran erklärt sich, daß die Deutschen der Nordmark sich keineswegs zum Zusammenbringen, sondern daß sie über das ganze Land verstreut und mit der sogenannten "dänischen" Bevölkerung vermischt sind. Von einer "Gemeinnützigkeit" ist mit einiger Berechtigung überhaupt nicht zu reden. Alleinseßene Geschlechter bekommen sich seit Generationen zum Deutschen, und wir sehen Abkömmlinge derselben Eltern sich in beiden politischen Lagern gegenübersehen und mit aller Fähigkeit, die dem Nordschleswiger eigen ist, ihren einmal gefassten Standpunkt vertreten und an ihm festhalten. So kämpften sich während des Freiheitskrieges von 1848-50 Kutscherwände gegeneinander über der blau-weiß-roten Fahne und dem Danebrog.

Wie verhält es sich nun überhaupt mit dem Dänentum in Nordschleswig? Die letzten amtlichen Ziffern, die darüber Aufschluß geben können, sind die Reichstagswahlresultate im Januar 1912. Damals wurden in den vier Kreisen Sonderburg, Apenrade, Lönne und Gadersleben insgesamt 16,500 dänische Stimmen abgegeben, während die Zahl der deutschen Stimmen in den gleichen Bezirken 17,200 betrug. Nimmt man den Kreis Niensburg hinzu, so gestalten sich die Ergebnisse für das Dänentum noch ungünstiger: 17,300 dänische und 36,500 deutsche Stimmen. Im Kreis Sonderburg wurden bei einer Wählerzahl von 8369 insgesamt 4235 dänische Stimmen abgegeben;

das sind noch nicht 50% Prozent. In der Stadt Sonderburg wurden 296 dänische Stimmen abgegeben, d. h. nur 18 Prozent der Wähler bekamen sich zum Dänentum.

Diese Ziffern, die sich, wie gesagt, auf das amtliche Material der Reichstagswahl von 1912 stützen, mögen darun, wie es um die Annahme bestellt ist, als man in der Nordmark nur von einer dänischen Bevölkerung sprechen könne. Sie beweisen, daß dieses Grenzland von einer national gemischten Bevölkerung bewohnt wird. In ihr sind deutsche Volksglieder so stark vertreten, daß es schier unmöglich sein würde, Bezirke als "rein dänisch" auszuscheiden.

Englische Sprache bei den Freimaurern

Treffliche Ausführungen eines Einleiders in der "New York World" über die Folgen der Verfassung.

Große Aufregung hat die Verfassung des Großmeisters Wm. F. Farmer in New York verursacht, nachdem vom 1. Juli an sämtliche Freimaurerlogen des Staates New York in englischer Sprache arbeiten müssen. Wir finden darüber in der "New York World" folgendes Eingekleidete: "Die Tatsache, daß die Großloge der F. & M. des Staates New York kürzlich alle Logen des achten und neunten Metropolitan (deutschen) Districts angewiesen hat, fortan in englischer Sprache zu arbeiten, dürfte vielleicht zu Ihrer Kenntnis gelangt sein. Als Hauptgrund für die Verfügung wurde angegeben, daß nach Ansicht der Großloge der Gebrauch von Muttersprachen in der Ausübung der Riten ein schweres Hindernis für die schnelle Umwandlung der Mitglieder in gute Amerikaner darstellt. Diese Order hat nicht nur großes Erstaunen unter den Brüdern der beiden Distrikte verursacht, sondern sie wird auch als eine direkte Verletzung der wiederholten Erklärungen Präsident Wilsons und der Haltung unserer Regierung in dieser Angelegenheit angesehen. In anbeacht der Tatsache, daß Hunderte von Söhnen der Mitglieder der Logen in diesen beiden Distrikten in der Verteidigung von "Old Glory" auf dem Schlachtfeld Frankreichs gekämpft und getötet haben und viele gefallen sind, erachten viele denkende Mitglieder und moderne Amerikaner sie als eine deutsche Kriegserklärung gegen unsere eigenen Bürger fremder Geburt."

Präsident Wilson hat empfindlich erklärt, daß wir keinen Krieg gegen das deutsche Volk oder die deutsche Rasse führen, sondern nur gegen die deutsche aristokratisch-militärische Regierung. Die Regierung in Washington hat zahlreiche Zeitungen, die in deutscher Sprache gedruckt werden, ignoriert und die Supreme Court hat entschieden, daß keine in deutscher Sprache erscheinende Zeitung von lokalen Autoritäten verboten werden kann. Und nun kommt die lokale Großloge einer weltweiten Bruderschaft und verbietet, dem Präsidenten, unserer Regierung und einer obergerichtlichen Entscheidung zum Trotz, den Mitgliedern von 29 lokalen Logen, deren Mitgliedschaft zu mehr als 90 Prozent aus Bürgern besteht und die Millionen von Dollars in Eigentum repräsentieren, den Gebrauch ihrer Muttersprache bei der Ausübung ihrer Riten!

Beachtlichen unsere pro-britischen Mitglieder wirklich gegen alle Bürger fremder Geburt Krieg zu führen? Haben wir nicht unseren 100-prozentigen Amerikanismus dadurch bewiesen, daß wir unsere Söhne nach drüben sandten, um Männer unseres eigenen Volkes zu bekämpfen und zu besiegen? Hat nicht der frühere Schatzsekretär McAdoo öffentlich konstatiert, daß die Amerikaner deutscher Geburt einen größeren Prozentsatz der Freiheitskämpfer geleistet haben, als irgend eine andere Klasse von Bürgern fremder Geburt? Wollen sie aus den 12,000,000 unseres Volkes im Lande der freien Ausgehörten machen?

Wir Amerikaner deutscher Geburt sind sicher, daß kein wirklicher und ernstlicher Amerikaner ein solches Verhalten hindeutet. Jeder Amerikaner, der amerikanische Geschäfte geleitet hat, wird sich erinnern, daß General George Washington während der Revolutionskriege sein Leben und seine Sicherheit deutschen Soldaten anvertraute. Seine Leibgarde bestand nur aus Deutschen. Sie werden sich daran erinnern, daß Präsident Lincoln auf zu den Waffen freiwillig 250,000 Deutsche Amerikaner und 300,000 Reichsamerikaner folgten, um die Union zu retten. Leben Sie die Geschichte des Bürgerkrieges und Sie werden finden, daß für jeden Franzosen und Italiener fünfzig Deutsche unter General Grant für die Union kämpften. Tausende von ihnen konnten nicht englisch sprechen, aber in ihren Herzen tauten sie, was ihnen

die Sterne und Streifen bedeuteten, sie gaben ihr Leben dafür hin. Muß dieser unglückliche Weltkrieg alles auslösen, was die Deutsch-Amerikaner für die Entfesselung und Verteidigung unseres Landes getan haben? Müßten Wiederholt, daß und Kampf die tiefsten kritischen Verhältnisse noch verschlimmern, anstatt daß dieser ordentliche und ruhliebende, fleißige und sparsame Teil unserer Bevölkerung dazu ermutigt werde, bei dem Wiederstande industrieller und sozialer Verhältnisse zu helfen?

Diese Frage, mein werter Herr, stellen heute ich und Millionen denkende und trotz ihrer fremden Geburt volle, hundertprozentige Amerikaner. Angesichts des hohen Prozentsatzes von Männern deutschen Blutes unter unseren Bürgern deutet diese fortgesetzten Angriffe gegen die deutsche Sprache auf eine sehr unheilvolle Absicht hin."

Für Deutschunterricht

Gouverneur Sprout von Pennsylvania hat es abgelehnt, der Vorlage, durch welche der deutschsprachige Unterricht aus den öffentlichen und den Privatschulen des Staates verbannt werden sollte, seine Unterschrift zu geben. Die Gründe, die er für diesen Entschluß ins Treffen führt, sind so klar und einleuchtend, daß sie am Ende sogar seine Kollegen McKelvie von Nebraska und Harding von Iowa mit Augen lesen könnten. Es sind dieselben Gründe, auf die wir uns bei der Verteidigung des deutschsprachigen Unterrichts stets berufen haben. Abgesehen davon, daß derartige Verbote ein Schandmal auf unsere freisinnige Institutionen und eine unbedeutende schwere Kränkung der Amerikaner deutscher Herkunft sind — kein Volk, das seine Stellung in der Welt in vollen Umfang ausnützen will, kann sich gestatten, die zweite Muttersprache der Welt zu kopieren. Gouverneur Sprout von Pennsylvania hat recht: Was immer gegen die deutsche Sprache unternommen wird, wird gegen die besten Interessen unseres Landes unternommen und es ist eine gar nicht unbedenkliche Erkennung unserer Zeit, daß man Gelegenheit und Gouverneure darüber noch belehren muß.

Die Zustände in Baden

In der Neuen Züricher Zeitung vom 15. März finden wir eine Korrespondenz aus Freiburg im Breisgau, die interessante Einzelheiten über die Zustände im Badener Lande enthält. Es heißt darin: Seit dem bekannten blutigen Spartaker-Ansturm in Mannheim am 22. Februar ist im Lande Baden die Ruhe nicht wieder zurückgekehrt. Sogar das scharfe Eingreifen der Regierung auch vermocht, den Februaraufstand auf seinen Herd in Mannheim zu beschränken und diesen sogar, wenigstens für den Augenblick, zu unterdrücken, so konnte es doch nicht verhindern, daß sich der Gedanke einer neuen politischen Umwälzung immerhals des forden, erst vollendeten Staatsneubaus in hochwissenschaftlichem Sinne in vielen Köpfen festsetzte, fortspalte, und neue Blüten zu treiben verurteilte. Da und dort im Lande fludert das Feuer des Aufstandes nicht auf. Am stärksten gährt es natürlich wieder in Mannheim. Der einzige Hochburg der bisherigen Unabgängigkeit. Mit aller Schärfe geht die Regierung gegen die verbrecherischen Elemente der Mannheimer Spartaker vor.

Auch in anderen Orten gärt es, so in Wültingen und Wylten. In Wültingen gab es in dem dortigen Exerzientenhaus Himmelsporte angelegten Exerzienten, an denen 270 Frauen aus allen Gegenden des Landes teilnehmen wollten, Anlaß zu unliebsamen Zwischenfällen. Die Arbeiterchaft verlangte sofortige Abreise der Teilnehmerinnen, anderenfalls sie das Haus mit Gewalt räumen würde. Nur dadurch, daß die Frauen tatsächlich auf schnellstem Wege wieder vertrieben, konnten weitere und ernstere Zwischenfälle vermieden werden. In Wertheim wurde, als drei Mitglieder des Arbeiterrats erschienen, um zur Kartoffelbeschlagnahme zu schreiben, von der Kirche Sturm geläutet, worauf die Männer der Arbeiterchaft zusammen eilten und die Arbeiterkräfte mißhandelten, so daß sie flüchten mußten. Zum offenen Aufstand der ganzen Gemeinde, der sehr bedrohlichen Charakter annahm, kam es nun dieser Tage auch in der Ortshaus Bindischlag bei Offenburg. Sturm geläutete kündigte auch hier das Eintreffen einer Kontrollkommission an. Hierauf erschienen mehrere hundert Männer und Frauen mit Gewehren bewaffnet vor dem Rathaus, drangen in dasselbe ein und mißhandelten einzelne Mitglieder der Kommission. Telephonisch herbeigerufenen Volksgewehr und verstärkter Gendarmerieaufmarsch reichte nur noch die Wut der Dörfler. Es kam zu einer Schießerei, die jedoch keinen bedeutenden Schaden anrichtete. Erst

im Laufe des Nachmittags gelang es dem Amtmann Grant nach langen Verhandlungen, für die Kontrollkommission freien Abzug zu erweirken.

Die Verbrechen nehmen immer mehr überhand. In Aulhausen werden sich die Regierung und die einzelnen Parteileitungen an das Volk und fordern dieses auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und die vorläufige badische Regierung tatkräftig zu unterstützen. Ueberall im Lande werden Freiwilligen-Bataillone aufgestellt, die dem Schutze des badischen Landes dienen sollen. Vor einigen Tagen ist auch eine amtliche Darstellung über den Kuffg gegen die großherzogliche Familie erschienen. Am 11. November hatte sie einen Am 11. November hatte sie laus in der Herrenstraße in das Residenzschloß begeben, das von der verstärkten Schloßwache bewacht wurde. Außer dem Herzog und seiner Familie waren die Großherzogin-Mutter Luise und deren Tochter, die Königin Victoria von Schweden, im Schloße anwesend. Während der Tag ruhig verliefen war, kam es nachts vor dem Schloße zu einer Schießerei, deren Urheber der aus Novaber in agitatorischer Absicht nach Karlsruhe zugereifte Obernator Klump war. Er drang mit zwei bewaffneten Soldaten in den Schloßgarten, wo er mit lauter Stimme ausrief: "Großherzog Friedrich, größter Lump von Baden, komm heraus!" und darauf eine Gewehrpatrone in die Höhe abfeuern ließ. Den Hofbeamten, die nach dem Begeh der Eindringlinge fragten, antwortete Klump, sie sollten den Großherzog holen. Klump zog sich hierauf zurück, um dann von der Schloßplatzanlage aus das Gewehrfeuer auf das Schloß zu eröffnen. Das Schloß erlitt bei der Schießerei schweren Schaden. Nach diesem Vorfall wurde seitens der vorläufigen Volksregierung scharfe Maßnahmen zum Schutze des Schloßes und des Lebens der großherzoglichen Familie getroffen. Die großherzogliche Familie und die Königin von Schweden flüchteten nach diesen Vorgängen in zwei Autos nach Klingenberg. Klump wurde verhaftet, aber da man seine Tat als eine politische ansah, wieder außer Verfolgung gesetzt.

Aus Iowa

Ueber die Land speculation in Iowa schreibt der "Carroll Democrat": "Wenn wir uns das ungehörliche Steigen der Landpreise in Iowa näher bei Nacht befehen, so erkennen wir deutlich, daß viel, sehr viel Spekulation dabei ist. Wir lesen täglich die Berichte über Landkäufe und Verkäufe aus den verschiedenen Teilen unseres Staates Iowa, und da fällt es uns auf, daß viele Farmen von Landagenten gekauft werden für hohe Preise. Diese Agenten spekulieren natürlich an den Käusern zu verdienen und treiben die Preise höher und höher. Das ist ein ungehöriges Geschäft und wird sich später rächen. Es ist Vorsehung der schlimmsten Art, denn manche Leute werden davon angezogen und beginnen in Ländereien zu spekulieren und zu verdienen. Eine Zeit lang mag's gut gehen, aber der Krad kommt sicher. Alle Farmprodukte sind ja ungebührlich hoch, wie eben alle anderen Sachen auch, aber der Zeitpunkt wird kommen, daß alle Preise fallen werden, fallen müssen, auch die Landpreise. Es mag sich noch

einige Jahre hinziehen, bis Europa sich von den Folgen des Krieges erholt hat, aber das kommt sicher. Man mag uns ob dieser Ansicht verhöhnen und auslachen, doch die heutigen Zustände sind abnormal, können sich nicht halten.

Manche Menschen schreien sich heiser nach Gerechtigkeit und meinen in Wirklichkeit Gnade. Was übrigens auch bei ganzen Völkern vorkommen soll.

— Klassifizierte Anzeigen in der Tribune bringen gute Resultate.

SKINNER PACKING COMPANY

POULTRY BUTTER EGGS



1116-1118 -- Douglas St.
Tel-Douglas 1521

DR. F. J. SCHLEIER

Deutscher Arzt und Wundarzt

1140 First National Bank Gebäude, 16. und Farnam Str.

Offizialstunden: Von 11 bis 12 vormittags und 2 bis 3 nachmittags.
Offizial-Telephon: Douglas 4308.
Wohnung: Elmwood 2174.
Botanical-Telephon: Cornice 6173.

Derie S. Gulse C. S. L. Niepen

HULSE & RIEPEN

Deutsche Leichenbestatter

Telephon: Douglas 1226
701 süd. 16. Str. Omaha, Neb.

Verlangt Anzeigen!

Solche sollen stets geschickt werden zur Veröffentlichung in der

Deutschen Zeitung

Nachgerade weiß jedermann, daß diese Zeitung nicht nur auf der Straße gekauft und gleich wieder weggelegt oder weggenommen wird, denn sie ist in der

Stadt Omaha

im schönsten und im wahrsten Sinne des Wortes

Das Familienblatt

Sie wird ins Haus genommen, nach Hause gebracht und von allen Familienmitgliedern gelesen im

Erhalten deutschen Heim

Es ist erreicht!

90 Flaschen Bier für \$2.00!

Kein Schwindel! Ueberzeugt Euch!

Schrumm - Schrumm Co.

liefert für den Spottpreis von \$2.00 Malzextrakt, Hopfen und andere Zugrediengen, genügend zur Herstellung von 90 Flaschen Bier, welches an Nährwert und Geschmack alle hiesigen Biere übertrifft und dem echten Münchener- und Pilsener-Brau gleichkommt.

Jeder kann es mit Leichtigkeit im eigenen Heim herstellen. Unsere Pakete enthalten absolut keinen Alkohol. Zu beziehen bei Vorausbezahlung des Betrages von \$2.00 (Money Order) C. D. D. 15 Cents extra.

Schrumm - Schrumm Co.

2024 Lincoln Avenue, Chicago, Ill.

Ich kaufe Liberty Bonds und Kriegssparmarken, auch lokale Aktien und Bonds. Höchste Preise und bar. Rat in Geldangelegenheiten erteilt.

GEORGE SCHROEDER

545 Railway Exchange